

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

INHALT

- | | |
|---|--|
| <p>31. Richtlinie der Landesregierung vom 19. April 2022 für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>32. Buchhinweis "Tiroler Bau- und Raumordnungsrecht - Gesetzestexte und Judikatur verständlich erklärt</p> | <p>33. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juni 2022</p> <p>34. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juni 2022</p> <p><i>Verbraucherpreisindex für April 2022 (vorläufiges Ergebnis)</i></p> |
|---|--|

31.

Richtlinie der Landesregierung vom 19. April 2022 für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Die von der Tiroler Landesregierung in Umsetzung des § 12 Abs. 5 Finanzausgleichsgesetz 2017 am 2. Mai 2017 beschlossene, am 13. November 2018 und 26. November 2019 geänderte Richtlinie für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände wurde mit Beschluss der Landesregierung am 19. April 2022 geändert.

Weiters wurde am 10. Mai 2022 als Anlage 7 die Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger beschlossen.

Folgende Punkte wurden geändert bzw. hinzugefügt:

Punkt VI. B Verfahren bei der Gewährung der Bedarfszuweisungen:

Für die Gewährung der Bedarfszuweisungen wurde folgendes Kriterium ergänzt: Im Sinne des Landesziels TIROL 2050, die Energieautonomie zu erreichen, ist bei der Neuerrichtung von Gebäuden bei geeigneten Flächen eine Photovoltaikanlage vorzusehen.

Anlage 1 Förderung des Baues von öffentlichen Schulen

und Kinderbetreuungseinrichtungen:

Unter 1. Allgemeines wurde hinzugefügt, dass die Errichtung von Ausweichquartieren wie beispielsweise Containerklassen nicht unter die Förderung des Baues von öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen fällt.

Anlage 7 Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger:

In Umsetzung der Tiroler Nachhaltigkeits- und Klimastrategie „Leben mit Zukunft“ (Raus aus Öl und Gas bei öffentlichen Gebäuden) wird eine Förderung für die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger (z.B. Geothermie, Biomasseheizungen wie Pellets-, Hackgut- und Holzvergaserkessel sowie Wärmepumpen) in Gebäuden, deren Erhalter eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband ist, gewährt.

Die Richtlinie lautet wie folgt:

„Richtlinie der Landesregierung vom 19. April 2022 für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände“

I. Rechtsgrundlagen und Begriffsdefinition

Finanz-Verfassungsgesetz 1948 - F-VG 1948, BGBl. Nr. 45/1948 idF BGBl. I Nr. 51/2012

„§ 12. (1) Finanzausweisungen des Bundes an die Länder (Gemeinden) und der Länder an die Gemeinden können entweder als Schlüsselzuweisungen oder als Bedarfszuweisungen gewährt werden. Bei der Erstellung der Schlüssel ist die durchschnittliche Belastung der Gebietskörperschaften durch die ihnen obliegenden Pflichtaufgaben und ihre eigene Steuerkraft zu berücksichtigen. Bedarfszuweisungen können zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt, zur Deckung außergewöhnlicher Erfordernisse oder zum Ausgleich von Härten gewährt werden, die sich bei der Verteilung von Abgabenertragsanteilen oder Schlüsselzuweisungen ergeben.

(2) Zweckgebundene Zuschüsse des Bundes werden durch das Finanzausgleichsgesetz oder durch Bundesgesetze festgesetzt, welche die Verwaltungsaufgaben regeln, zu deren Lasten die Zuschüsse zu leisten sind. Diese Bestimmungen gelten sinngemäß für Zuschüsse der Länder an die Gemeinden (Gemeindeverbände).

§ 13. Die Gewährung von Bedarfszuweisungen und von zweckgebundenen Zuschüssen kann an Bedingungen geknüpft werden, die der Erhaltung oder Herstellung des Gleichgewichtes im Haushalt der empfangenden Gebietskörperschaften dienen oder mit dem mit der Zuschußleistung verfolgten Zweck zusammenhängen. Die gewährende Gebietskörperschaft kann sich das Recht vorbehalten, die Einhaltung dieser Bedingungen durch ihre Organe wahrnehmen zu lassen.“

Finanzausgleichsgesetz Finanzausgleichsgesetz 2017 - FAG 2017, BGBl. I Nr. 116/2016, idF BGBl. I Nr. 106/2018

„§ 12. (1) Zur Ermittlung der Ertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit Ausnahme der Spielbankabgabe werden zunächst die Ertragsanteile auf die Gemeinden länderweise unter Beachtung der im § 10 Abs. 5 angeführten Schlüssel rechnungsmäßig aufgeteilt (ungekürzte Ertragsanteile). Von den so länderweise errechneten Beträgen sind 12,8 %

auszuscheiden und den Ländern (Wien als Land) zu überweisen; sie sind - außer in Wien - für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände bestimmt (Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel, Abs. 5).

(2) Weiters sind vor der gemeindeweisen Verteilung von den Ländern (ohne Wien) Beträge in Höhe des Zweckzuschusses des Bundes gemäß § 27 Abs. 3 auszuscheiden und zur Mitfinanzierung der Kostenbeiträge an die Gemeinden für Eisenbahnkreuzungen zu verwenden.

(4) Die gemäß Abs. 1 gebildeten Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel werden um die Ländertöpfe gemäß § 25 Abs. 2 erhöht.

(5) Die Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel sind von den Ländern auf Basis landesrechtlicher Regelungen für folgende Zwecke zu verwenden:

1. Förderung bestehender und zusätzlicher interkommunaler Zusammenarbeit einschließlich solcher in Form von Gemeindeverbänden
2. Unterstützung strukturschwacher Gemeinden
3. Förderung von Gemeindezusammenlegungen einschließlich solcher, die in den jeweils letzten zehn Jahren erfolgt sind
4. Landesinterner Finanzkraftausgleich zwischen den Gemeinden unter Bedachtnahme auf weitere landesrechtliche Finanzkraftregelungen
5. Bedarfszuweisungen an Gemeinden

In den Jahren bis 2019 sind zumindest 15 % und ab dem Jahr 2020 zumindest 20 % der Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel für die Zwecke gemäß den Z 1 bis 3 zu verwenden. In einzelnen Jahren nicht für diese Zwecke verwendete Mittel können für die weiteren Zwecke verwendet werden, allerdings sind die genannten Prozentsätze bei der Gesamtbetrachtung der Finanzausgleichsperiode zu erreichen. Die Länder informieren den Bundesminister für Finanzen zumindest alle zwei Jahre über die Verwendung der Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel.“

Demnach sind für Zwecke der Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit (Punkt II der Richtlinien), der Unterstützung strukturschwacher Gemeinden (Punkt III der Richtlinien) und der Förderung von Gemeindezusammenlegungen (Punkt IV der Richtlinien) in den Jahren bis 2019 zumindest 15 % und ab

dem Jahr 2020 zumindest 20 % der Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel zu verwenden. In einzelnen Jahren nicht für diese Zwecke verwendete Mittel können für die weiteren Zwecke verwendet werden, allerdings sind die genannten Prozentsätze bei der Gesamtbetrachtung der Finanzausgleichsperiode zu erreichen (§ 12 Abs. 5 FAG 2017).

Gesetz vom 13. November 1951 über die Bildung eines Gemeindeausgleichsfonds, LGBl. Nr. 1/1952

Zur Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem jeweils geltenden Finanzausgleichsgesetz wird als zweckgebundenes Vermögen ein Fonds mit der Bezeichnung „Gemeindeausgleichsfonds“ gebildet.

§ 2

Dem Fonds fließen zu:

1. *die nach dem jeweils geltenden Finanzausgleichsgesetz zur Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände bestimmten Mittel;*
2. *Rückzahlungen der aus Bedarfszuweisungsmitteln gewährten Darlehen;*
3. *die Zinserträge des Fonds und der aus Bedarfszuweisungsmitteln gewährten Darlehen;*
4. *sonstige dem Fonds zugedachte Mittel.*

§ 3

Der Fonds ist von den übrigen Geldbeständen des Landes gesondert zinsbringend anzulegen.

§ 4

Die Verwaltung des Fonds obliegt der Landesregierung.

§ 5

Das Gesetz tritt am 31. Dezember 1951 in Kraft.“

Begriffsdefinition Finanzkraft II:

Das ist die Finanzkraft nach § 21. Abs. 5 Tiroler Mindestsicherungsgesetz, LGBl. Nr. 99/2010 idGF, oder die allenfalls an deren Stelle tretende Finanzkraft.

II. Förderung bestehender und zusätzlicher interkommunaler Zusammenarbeit einschließlich solcher in Form von Gemeindeverbänden (§ 12 Abs. 5 Z 1 FAG 2017)

Die aktuelle Finanzsituation der öffentlichen Haushalte, aber auch die gesellschaftliche und demografische Entwicklung stellt die Gemeinden, vor allem die kleinen, peripher gelegenen, vor neue Herausforderungen.

Die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger an die Gemeindeverwaltung steigt. Die Leistungen der Daseinsvorsorge sollen in einem landesüblichen Qualitätsstandard erbracht werden.

In den peripheren Regionen wird zudem die Stärkung der regionalen Zentren immer wichtiger, um alle Angebote der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Daseinsvorsorge in der landesüblichen Qualität anbieten zu können.

Zudem ist die steigende Komplexität vieler Rechtsmaterien für die Generalisten in den Gemeindeverwaltungen immer schwieriger zu bewältigen. Dazu kommen neue Herausforderungen wie beispielsweise das e-Government.

Dies erfordert die Nutzung von Synergiepotentialen und die Optimierung des Infrastrukturangebotes, ebenso wie die verstärkte Zusammenarbeit bei der Abwicklung der Verwaltungstätigkeit.

In diesem Sinne kommt Gemeindekooperationen - in welcher Rechtsform auch immer - unter dem Aspekt einer kostensparenden, effizienten und professionellen Aufgabenerfüllung und Verwaltung der Gemeinden eine zentrale Bedeutung zu.

Die Zusammenarbeit kann dabei in einer zivil- (GmbH, KG,...) oder öffentlich-rechtlichen Rechtsform (Gemeindeverband, Verwaltungsgemeinschaft,...) erfolgen.

Für die Gewährung von Bedarfszuweisungen für die interkommunale Zusammenarbeit sind die Punkte V ff. sowie die Anlagen sinngemäß anzuwenden.

III. Unterstützung strukturschwacher Gemeinden (§ 12 Abs. 5 Z 2 FAG 2017)

Für Zwecke der Unterstützung strukturschwacher Gemeinden sind

- im Jahr 2017 **6 Mio. Euro** und
- ab dem Jahr 2018 mindestens **5 v.H.** des für das jeweils vorangegangene Jahr an das Land für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände überwiesenen Betrages (Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel) (§ 12 Abs. 1 FAG 2017 und § 12 Abs. 4 iVm § 25 Abs. 1 FAG 2017) zu verwenden.

Dieser Betrag wird wie folgt verteilt:

■ **25 v.H. nach der relativen Bevölkerungsänderung**

Gefördert werden Gemeinden mit einer negativen Bevölkerungsentwicklung (Abwanderung) in einem sechsjährigen Betrachtungszeitraum. Die Ermittlung der Bevölkerungsveränderung erfolgt durch einen Vergleich der jährlichen Einwohnerzahlen gem. § 10 Abs. 7 FAG 2017 im Betrachtungszeitraum ausgehend von den Einwohnerzahlen der im laufenden Jahr anzuwendenden Statistik des Bevölkerungsstandes (§ 10 Abs. 7 FAG 2017). Dabei werden die Einwohnerzahlen jeweils mit den Einwohnerzahlen des vorangegangenen Jahres verglichen. (So werden beispielsweise für 2020 die Abwanderer in den Vergleichszeiträumen 31.10.2018 gegenüber 31.10.2017, 31.10.2017 gegenüber 31.10.2016, 31.10.2016 gegenüber 31.10.2015, 31.10.2015 gegenüber 31.10.2014 und 31.10.2014 gegenüber 31.10.2013 herangezogen). Anspruch auf eine Förderung besteht dann, wenn in der Gemeinde zumindest in einem der Vergleichsjahre des Betrachtungszeitraumes eine negative Bevölkerungsentwicklung (Abwanderung gegeben ist).

Die Aufteilung auf die Gemeinden erfolgt wie folgt:

Vier Fünftel (= 20 v.H. der Gesamtsumme) nach dem Ausmaß des Bevölkerungsrückganges. Dabei wird der Berechnung die Summe der im Betrachtungszeitraum abgewanderten Personen zugrunde gelegt.

Ein Fünftel (= 5 v.H. der Gesamtsumme) nach der Einwohnerzahl der im laufenden Jahr anzuwendenden Statistik des Bevölkerungsstandes (§ 10 Abs. 7 FAG 2017).

■ **35 v.H. nach der Siedlungsdichte (EW/km² Dauersiedlungsraum)**

Gefördert werden Gemeinden mit einer **Dichte bis maximal 200 EW/km² Dauersiedlungsraum** (lt. Statistik Austria http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/dauersiedlungsraum/index.html). Dadurch fallen vor allem stärker zersiedelte Gemeinden mit dadurch erhöhten Aufwendungen für Straßenerhaltung, Abwasserbeseitigung, Schülertransporte etc. darunter.

Es sind die **jeweils jüngsten verfügbaren Siedlungsdaten** der Statistik Austria anzuwenden.

Der Dauersiedlungsraum umfasst den für Landwirtschaft, Siedlung einschließlich Gewerbe und Verkehrsanlagen verfügbaren Raum. Die Abgrenzung des Dauersiedlungsraumes lässt einen relativ großen

Spielraum zu, je nachdem welche Datengrundlagen herangezogen werden bzw. in welcher räumlichen Bezugsbasis diese zur Verfügung stehen. Datenquelle für die Dauersiedlungsraumabgrenzung sind die CORINE-Landnutzungsdaten 2006, sowie die Bevölkerung- und Beschäftigtendaten der Registerzählung 2011 auf der Grundlage von 250 m-Rastereinheiten.

Der Dauersiedlungsraum besteht aus einem Siedlungsraum mit den Nutzungskategorien städtisch geprägte Flächen, Industrie-, und Gewerbeflächen und aus einem besiedelbaren Raum mit den Nutzungskategorien Ackerflächen, Dauerkulturen, Grünland, heterogene landwirtschaftliche Flächen, Abbauflächen und den künstlich angelegten nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen (z.B. städtische Grünflächen, Sport- und Freizeitflächen). Siehe auch hier:

http://www.oerok-atlas.at/documents/neuabgrenzung_des_dauersiedlungsraums.pdf

■ **40 v.H. auf jene Gemeinden, deren eigene Wirtschaftskraft tendenziell niedrig ausfällt.**

Darunter fallen jene Gemeinden, in denen das **Kommunalsteueraufkommen** des zweitvorangegangenen Jahres **höchstens 15 v.H.** am Anteil der gesamten Abgabenertragsanteile der jeweiligen Gemeinde beträgt (**Kommunalsteuerquote**).

Deckelung:

Jene Gemeinden, deren Finanzkraft II im Jahr der Gewährung der Förderung über der Landesdurchschnittskopfquote ohne Innsbruck liegt, gelten nicht als strukturschwach und erhalten keine Bedarfszuweisung nach dieser Bestimmung. Die Landesdurchschnittskopfquote errechnet sich aus der Summe der Finanzkraft II aller Gemeinden Tirols ohne Innsbruck, geteilt durch die Summe der Einwohnerzahlen der im zweitvorangegangenen Jahr anzuwendenden Statistik des Bevölkerungsstandes (§ 10 Abs. 7 FAG 2017).

Rundung:

Die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Beträge sind auf volle Euro kaufmännisch zu runden.

Auszahlung:

Die Auszahlung der Förderung erfolgt nach Vorliegen der Zwischenabrechnung in der ersten Hälfte des jeweiligen Jahres.

IV. Förderung von Gemeindezusammenlegungen (§ 12 Abs. 5 Z 3 FAG 2017)

Für die Vereinigung von zwei oder mehreren Gemeinden (§ 4 Tiroler Gemeindeordnung 2001 - TGO) werden Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gewährt:

1. Wenn die **neue Gemeinde über 10 000 Einwohner** hat, werden dieser Gemeinde im ersten Jahr 1.000.000,- Euro, im zweiten Jahr 750.000,- Euro, im dritten Jahr 500.000,- Euro und im vierten Jahr 250.000,- Euro (ges. 2,5 Mio. Euro) gewährt.
2. Wenn die **neue Gemeinde 6 001 bis 10 000 Einwohner** hat, werden dieser Gemeinde im ersten Jahr 750.000,- Euro, im zweiten Jahr 500.000,- Euro, im dritten Jahr 250.000,- Euro und im vierten Jahr 125.000,- Euro (ges. 1,625 Mio. Euro) gewährt.
3. Wenn die **neue Gemeinde 4 001 bis 6 000 Einwohner** hat, werden dieser Gemeinde im ersten Jahr 600.000,- Euro, im zweiten Jahr 400.000,- Euro, im dritten Jahr 250.000,- Euro und im vierten Jahr 150.000,- Euro (ges. 1,4 Mio. Euro) gewährt.
4. Wenn die **neue Gemeinde 2 501 bis 4 000 Einwohner** hat, werden dieser Gemeinde im ersten Jahr 500.000,- Euro, im zweiten Jahr 350.000,- Euro, im dritten Jahr 200.000,- Euro und im vierten Jahr 150.000,- Euro (ges. 1,2 Mio. Euro) gewährt.
5. Wenn die **neue Gemeinde 1 001 bis 2 500 Einwohner** hat, werden dieser Gemeinde im ersten Jahr 400.000,- Euro, im zweiten Jahr 300.000,- Euro, im dritten Jahr 200.000,- Euro und im vierten Jahr 100.000,- Euro (ges. 1 Mio. Euro) gewährt.
6. Wenn die **neue Gemeinde bis 1 000 Einwohner** hat, werden dieser Gemeinde im ersten Jahr 350.000,- Euro, im zweiten Jahr 250.000,- Euro, im dritten Jahr 150.000,- Euro und im vierten Jahr 100.000,- Euro (ges. 0,85 Mio. Euro) gewährt.

Die Gewährung erfolgt auf Antrag der neuen Gemeinde erstmals für das Jahr, in dem die Gemeindefusion wirksam wird.

Vereinigt sich die neue Gemeinde innerhalb von 4 Jahren ab dem Wirksamwerden der Gemeindefusion mit einer oder mehreren weiteren Gemeinden, so gebührt der wiederum neuen Gemeinde im Falle, dass sie in eine

andere Größenklasse fällt, jährlich der Differenzbetrag zwischen der ursprünglichen und der neuen Größenklasse.

V. Landesinterner Finanzkraftausgleich zwischen den Gemeinden (§ 12 Abs. 5 Z 4 FAG 2017)

1. Für Zwecke des landesinternen Finanzkraftausgleiches sind
 - im Jahr 2017 12 Mio. Euro und
 - ab dem Jahr 2018 mindestens 10 v.H. des für das jeweils vorangegangene Jahr an das Land für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände überwiesenen Betrages (Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel) (§ 12 Abs. 1 FAG 2017 und § 12 Abs. 4 iVm § 25 Abs. 2 FAG 2017) zu verwenden.
2. Für die Berechnung des landesinternen Finanzkraftausgleiches werden die Gemeinden in folgende Größenklassen eingeteilt:
 - bis 2.000 Einwohner
 - 2.001 bis 5.000 Einwohner
 - 5.001 bis 10.000 Einwohner
 - 10.001 bis 20.000 Einwohner
 - 20.001 bis 50.000 Einwohner
 - über 50.000 Einwohner
3. Die Einwohnerzahl richtet sich nach der im laufenden Jahr anzuwendenden Statistik des Bevölkerungsstandes (§ 10 Abs. 7 FAG 2017).
4. Die **Finanzkraft** einer Gemeinde wird ermittelt aus der Summe der Grundsteuer A und B bei einem Hebesatz von 500, der Kommunalsteuer sowie der Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe des zweitvorangegangenen Jahres.
5. Die Summe der Finanzkraft aller Gemeinden einer in Punkt 1. genannten Größenklasse für ein Jahr auf den Kopf der Bevölkerung der Gemeinden in dieser Größenklasse berechnet, bildet die **Durchschnittskopfquote** einer Größenklasse.
6. Die Einwohnerzahl einer Gemeinde, vervielfacht mit der Durchschnittskopfquote der betreffenden Größenklasse, ergibt den **Finanzbedarf** der Gemeinde.
7. Die Differenz zwischen Finanzbedarf und Finanzkraft ergibt die Bemessungsgrundlage für die Berechnung des landesinternen Finanzkraftausgleiches. Liegt die Bemessungsgrundlage unter EUR 20.000,- dann wird der gesamte Finanzbedarf als Bedarfszuweisung ausgezahlt. Übersteigt die Bemessungsgrundlage den Betrag von EUR 20.000,-, dann wird ein Fixbetrag von

EUR 20.000,-- zuzüglich 15 % des übersteigenden Betrages als Bedarfszuweisung zur Verfügung gestellt. Übersteigen die zur Verfügung stehenden Mittel den Finanzbedarf aller anspruchsberechtigten Gemeinden oder kann deren Finanzbedarf nicht zur Gänze gedeckt werden, dann erfolgt eine Erhöhung bzw. Kürzung der Bedarfszuweisung im Verhältnis der errechneten 15 % Anteile.

8. **Rundung:** Die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Beträge sind auf volle Euro kaufmännisch zu runden.

9. Gemeinden welche die im Punkt 4. genannten Steuern und Abgaben nicht im höchstmöglichen Ausmaß erheben, haben keinen Anspruch auf eine Bedarfszuweisung für den landesinternen Finanzkraftausgleich.

10. Die Auszahlung der Bedarfszuweisung für den landesinternen Finanzkraftausgleich erfolgt jeweils im September.

VI. Bedarfszuweisungen an Gemeinden (§ 12 Abs. 5 Z 5 FAG 2017)

A) Bedarfszuweisungen als verlorene Zuschüsse werden insbesondere für **folgende Vorhaben** der Gemeinden gewährt, wobei grundsätzlich Vorhaben, die dem **Pflichtaufgabenbereich** der Gemeinden zuzuordnen sind, bei der Gewährung von Bedarfszuweisungen **vorrangig zu behandeln** sind:

1. Neubau, Erweiterung und Sanierung insbesondere folgender **Investitionsvorhaben**, unbeschadet der in den Anlagen angeführten Sonderförderungen:

Gemeindeämter, Bau- und Recyclinghöfe, Abfallentsorgungseinrichtungen, Wohn- und Pflegeheime, sofern diese Maßnahmen mit dem Strukturplan Pflege 2012-2022 im Einklang stehen, Krankenhäuser, Schulen- und Kinderbetreuungseinrichtungen, Friedhöfe und Aufbahrungshallen, Mehrzweck-/Veranstaltungsgebäude, sonstige Kinder- und Jugendeinrichtungen (Horte, Kinderspielplätze, ...), Musikschulen, Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen;

2. Neuerrichtung bzw. Sanierung von Gemeindestraßen und -wegen Interessentenwegen (soweit die Gemeinde eine gesetzliche Beitragspflicht zur Errichtung bzw. Erhaltung trifft), Brücken, Gehsteigen, Straßenbeleuchtung, Schutzwasserbauten und vergleichbare Vorhaben;

Im Rahmen des Infrastrukturprogramms Gemeinden; niederrangiges Straßennetz (Gemeindestraßen und öffentliche Interessentenstraßen) werden in den Jahren 2020 bis 2024 Bedarfszuweisungsmittel zur Verfügung gestellt, welche nach dem folgenden Schlüssel aufgeteilt werden:

2020 ein Betrag von 6 Mio. Euro: Dieser Betrag wird auf die Gemeinden (ohne Innsbruck) im Verhältnis der Summe der Länge der Gemeindestraßen und von 50 v.H. der Länge der öffentlichen Interessentenwege aufgeteilt.

2021 bis 2024 jährlich ein Betrag von 20 Mio. Euro: Dieser Betrag wird wie folgt auf die Gemeinden aufgeteilt:

50 v.H. im Verhältnis der Summe der Länge der Gemeindestraßen und von 50 v.H. der Länge der öffentlichen Interessentenwege

50 v.H. im Verhältnis der Finanzkraft II der Gemeinden (außer Innsbruck), deren Finanzkraft II je Einwohner höchstens 120 v.H. der Landesdurchschnittskopfquote beträgt. Die Einwohnerzahl richtet sich nach der im zweitvorangegangenen Jahr anzuwendenden Statistik des Bevölkerungsstandes (§ 10 Abs. 7 FAG 2017).

Bezüglich der Auszahlungsmodalitäten wird auf Punkt C) verwiesen. Sollten die zugesagten Mittel eines Jahres nicht abgerufen werden, kann auf Antrag der Gemeinde eine Übertragung in das Folgejahr erfolgen.

3. Neuerrichtung bzw. Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen;

4. Anschaffung/Reparatur von Kommunalfahrzeugen samt Zusatzeinrichtungen einschließlich der Anschaffung von e-mobilen Fahrzeugen;

5. Sonstige Vorhaben, die von der Gemeinde verwirklicht werden bzw. bei denen die Gemeinde einen finanziellen Beitrag aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung leistet, wie Vereinsräumlichkeiten, Sportanlagen, Kulturprojekte, Infrastruktur für öffentlichen Verkehr und Radwege, sofern diese Vorhaben im öffentlichen Interesse der Gemeinde gelegen sind;

6. Gemeinden des Landes Tirol, die eine kommunale Partnerschaft mit Städten bzw. Gemeinden der Europaregion Tirol/Südtirol/Trentino zur Stärkung der kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit bilden; Zielsetzung dabei ist die Stärkung des Bewusstseins der Gemeinsamkeiten des Euregio-Raumes, die Förderung der Begegnung sowie die Schaffung von Anreizen für den kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Austausch.

7. Als Ausgleich des Haushaltes (Haushaltsausgleich) bzw. als Beitrag zum Schuldendienst, wenn eine Gemeinde aus eigener Kraft trotz Einhaltung aller Rechtsvorschriften sowie sparsamer, wirtschaftlicher und zweckmäßiger Gebarung unter keinen Umständen einen Ausgleich im Haushalt herbeiführen kann;

8. Für Photovoltaikanlagen als Energiesparmaßnahme wird eine Bedarfszuweisung in Höhe von 25 v.H. der Kosten, höchstens jedoch 30.000,- Euro gewährt.

9. Für Feuerwehrzwecke wird aus dem Gemeindeausgleichsfonds jährlich ein Betrag unter dem Titel Feuerwehr-Kontingent bereitgestellt. Bedarfszuweisungen aus diesem Kontingent werden für Feuerwehrfahrzeuge, -ausrüstung sowie -geräthäuser gewährt.

Die Entscheidung über die Höhe einer möglichen Bedarfszuweisung trifft der zuständige Feuerwehrreferent der Tiroler Landesregierung nach Prüfung durch das Bezirksfeuerwehrkommando und nach Abstimmung mit dem Landesfeuerwehrinspektor.

10. Für den Breitbandausbau der Gemeinden werden aus dem Gemeindeausgleichsfonds für die Jahre 2014 bis 2023 Mittel in Höhe von jährlich 2,5 Mio. Euro bereitgestellt.

Nach Feststehen der Förderungen seitens des Landes bzw. des Bundes, erfolgt die Begutachtung des Ansuchens der jeweiligen Gemeinde und die Ermittlung eines Bedarfszuweisungsvorschlages für den Gemeindeferenten. Die Höhe der Bedarfszuweisung richtet sich nach der Finanzkraft II der jeweiligen Gemeinde.

B) Verfahren bei der Gewährung der Bedarfszuweisungen:

1. Die Gewährung erfolgt auf Antrag der Gemeinde.

2. Die Prüfung der Anträge erfolgt seitens des für Gemeindeangelegenheiten zuständigen Mitgliedes der Tiroler Landesregierung unter Einbindung der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft und der Abt. Gemeinden im Hinblick auf die unter Punkt 3 angeführten Kriterien.

3. Für die Gewährung der Bedarfszuweisungen sind folgende Kriterien maßgeblich:

- Notwendigkeit und Dringlichkeit des Vorhabens
- Ausführung im Sinne der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit

- Finanzkraft II der Gemeinde

- finanzielle Lage der Gemeinde (frei verfügbare Mittel, Verschuldungsgrad, ...)

- Finanzierbarkeit des Vorhabens durch die Gemeinde

- bestehende Bedarfszuweisungszusagen und Schwerpunkte der Gemeinde sowie

- regionale Ausgewogenheit der Zusagen der Bedarfszuweisungen

- bei Investitionsvorhaben ist auch auf die Nutzung erneuerbarer Energien Bedacht zu nehmen.

- Im Sinne des Landesziels TIROL 2050, die Energieautonomie zu erreichen, ist bei der Neuerrichtung von Gebäuden bei geeigneten Flächen eine Photovoltaikanlage vorzusehen.

4. Nach positiver Prüfung und Beurteilung ergeht eine schriftliche Verwendungszusage des für Gemeindeangelegenheiten zuständigen Mitgliedes der Tiroler Landesregierung über die Höhe, den Zweck und den Zeitraum der Gewährung der Bedarfszuweisung.

5. Vorschreibung von Bedingungen (§ 13 Finanz-Verfassungsgesetz 1948):

Die Gewährung von Bedarfszuweisungen kann an Bedingungen geknüpft werden, die der Erhaltung oder Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt der empfangenden Gebietskörperschaft dienen, sofern deren Haushaltsgleichgewicht unmittelbar bedroht oder bereits gestört ist. Die Landesregierung kann die Einhaltung dieser Bedingungen durch ihre Organe prüfen lassen. Bei Nichteinhaltung der Bedingungen kann eine bereits ausbezahlte Bedarfszuweisung auf künftige Förderungen aus Bedarfszuweisungen angerechnet werden.

Die Bedingungen sind in die schriftliche Verwendungszusage (Punkt VI. B. 4.) aufzunehmen.

6. Hinweis zum Datenschutz:

Nähere Informationen zur Datenverarbeitung und den Rechten Betroffener sind unter <http://www.tirol.gv.at/datenschutz/>, im Verarbeitungsverzeichnis des Amtes der Tiroler Landesregierung, unter Suche nach der Datenverarbeitung „Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Gemeindeausgleichsfonds (GAF)“ abrufbar.

C) Auszahlung der Bedarfszuweisungen - Prüfung der Verwendungsnachweise - Abwicklung von Anträgen auf Auszahlung von Bedarfszuweisungen in der Gemeindegeldanwendung / Portal Tirol

1. Die Auszahlung der seitens des Gemeindereferenten schriftlich zugesagten Bedarfszuweisungen erfolgt zu den vierteljährlichen Auszahlungsterminen, im Regelfall Ende März, Ende Juni, Ende September und Anfang Dezember. Diese Termine werden seitens der Abteilung Gemeinden mit dem Gemeindereferenten abgestimmt und den Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften rechtzeitig bekannt gegeben.

Zur Auszahlung von schriftlich zugesagten Bedarfszuweisungen sind diese von der Gemeinde in der Gemeindeganwendung im Portal Tirol (GA) mittels „Auszahlungsantrag“ zu **beantragen** und in der Rubrik „Mitteilungen“ mit einem auszahlungsbegründenden Nachweis zu **dokumentieren**.

Taugliche **auszahlungsbegründende Nachweise** sind:

a. Rechnungen:

Dies kommt vor allem bei Einzelvorhaben (wie Ankauf eines Kommunalfahrzeuges oder Asphaltierung von Gemeindestraßen) in Betracht. Diese Nachweise sind von den Gemeinden in die Gemeindeganwendung zu implementieren.

b. Auszüge aus der Gemeindebuchhaltung (Kontoblätter):

Diese sind als Nachweis, insbesondere bei Bauvorhaben zweckdienlich, da hier aufgrund des Umfangs des Vorhabens bzw. der Mehrzahl oder Vielzahl von Rechnungen eine Implementierung jeder Einzelrechnung in die Gemeindeganwendung mit einem unververtretbaren Verwaltungsaufwand für die Gemeinden verbunden und für Prüfzwecke nur bedingt geeignet wäre.

Aus dem jeweiligen Kontoblatt ist der zusammengefasste Überblick über die Verbuchung der Rechnungen und Zahlungen ersichtlich. Außerdem handelt es sich bei diesen Kontoblättern um Dokumente aus der Buchhaltung der Gemeinde, welche nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften wie der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 - VRV 2015, der Tiroler Gemeindeordnung 2001 und der Gemeindehaushaltsverordnung 2020 zu erstellen sind. Zentraler Grundsatz dabei ist, dass keine Buchung ohne Beleg erfolgen darf; den Buchungen liegen somit Rechnungen und Zahlungsnachweise zugrunde.

c. Weiters Angebote mit Auftrags- bzw. Bestellbestätigungen, Kaufverträge, etc.:

Diese können als Nachweise anerkannt werden, wenn die

entsprechende Zahlungsverpflichtung im zeitlichen Zusammenhang mit der jeweiligen Auszahlung steht.

Diese Nachweise kommen insbesondere dann in Betracht, wenn aufgrund der lediglich vierteljährlichen Auszahlungstermine der Bedarfszuweisungen die Gemeinden eine Zwischenfinanzierung aufnehmen müssten. Nach Vorliegen der Rechnung bzw. bei entsprechender Verbuchung in der Gemeindebuchhaltung ist der Nachweis in sinngemäßer Anwendung der lit. a oder lit. b in der Gemeindeganwendung durch die Gemeinde zu dokumentieren und von der BH zu überprüfen.

2. Der Auszahlungsantrag ist seitens der Gemeinden an die jeweils zuständige Bezirkshauptmannschaft (BH) weiterzuleiten. Die BH prüft den Antrag im Hinblick auf die widmungsgemäße Verwendung der Mittel und fordert nach Maßgabe der Dringlichkeit, des Bedarfes und der vorhandenen Mittel die vom Gemeindereferenten zugesicherten Bedarfszuweisungen bei der Abteilung Gemeinden des Amtes der Tiroler Landesregierung zur Auszahlung an.

3. Die Abteilung Gemeinden erstellt im Einvernehmen mit dem Gemeindereferenten den Regierungsantrag über die Gewährung der Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds. Die Landesregierung entscheidet darüber in kollegialer Beschlussfassung. Die Abteilung Gemeinden zahlt die mit Regierungsbeschluss gewährten Bedarfszuweisungen direkt an die Gemeinden aus.

4. Anrechnung gewährter Bedarfszuweisungen auf künftige Bedarfszuweisungen:

Dem Land ist es vorbehalten, die widmungsgemäße Verwendung der Bedarfszuweisung zu überprüfen. Bei widmungswidriger Verwendung kann eine bereits ausbezahlte Bedarfszuweisung auf künftige Förderungen aus Bedarfszuweisungen angerechnet werden.

VII. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit 1. April 2022 in Kraft.

Anlage 1

Richtlinie der Landesregierung für die Förderung des Baues von öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen

1. Allgemeines

Gefördert werden Investitionen für den Neu-, Zu- und

Umbau von Gebäuden und Räumen von öffentlichen, allgemein bildenden Pflichtschulen im Sinn des § 1 Tiroler Schulorganisationsgesetz 1991 (kurz Schulen) und von öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen im Sinn des § 2 Abs.1 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz (kurz Kinderbetreuungseinrichtungen) deren Erhalter eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband ist (darunter fallen auch langfristig angemietete Gebäude). Nicht darunter fällt die Errichtung von Ausweichquartieren wie beispielsweise Containerklassen.

2. Art und Höhe der Förderung

Die Förderung erfolgt in Form der Gewährung eines verlorenen Zuschusses. Die Höhe der Förderung beträgt:

- a) bei Neu- und Erweiterungsbauten EUR 30.000,-- je bewertbarem Raum;
- b) bei Umbauten (Adaptierung bisher nicht dem Schul- oder Kinderbetriebsbetrieb dienender Bestandsräume, Teilung von Räumen u. ä.), Sanierungen und Modernisierungen (z. B. Dachsanierung, Heizungsein- bzw. -umbau, Fenstertausch, Wärmeschutzmaßnahmen u. ä.) von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen mit förderbaren Gesamtkosten über EUR 10.000,-- 12 % der förderbaren Gesamtkosten.

3. Bewertbare Räume

Bewertbare Räume im Sinn des Punktes 2 lit. a sind bei Schulen:

- Klassen- und Gruppenräume
- Räume für Bewegung und Sport (Turnhallen bzw. Gymnastikraum)
- Räume für technisches und textiles Werken bzw. Werkerziehung
- Räume für Musikerziehung bzw. Singen und Musizieren
- Räume für Physik- und Chemieunterricht
- Räume für Informatikunterricht (EDV-Räume)
- Räume für Unterricht in Fremdsprachen (Sprachlabor)
- Räume für Unterricht in Ernährung und Haushalt (Schulküche)
- Aufenthaltsräume für Fahrschüler und für Freizeitbetreuung
- Küche mit Speiseraum für die Tagesheimbetreuung
- Lernlandschaften

- Lehrerzimmer

Bewertbare Räume im Sinn des Punktes 2 lit. a sind bei Kinderbetreuungseinrichtungen:

- Gruppenräume
- Bewegungsräume
- Ruheräume
- Küche mit Essraum
- Teilungsräume, sofern diese als Ruhe-, Gruppen- bzw. Bewegungsräume verwendet werden.

Jeder Raum zählt grundsätzlich als ein bewertbarer Raum. Davon ausgenommen sind Turnhallen, die ab einer Größe von 180 m² als zwei bewertbare Räume und ab 300 m² als drei bewertbare Räume zu bemessen sind.

Keine bewertbaren Räume sind jedenfalls: Sekretariatsräume, Lehrmittelzimmer, Archiv und Abstellräume, Sanitärräume, Garderoben, Hausgänge, Aulen und Wohnungen.

4. Abwicklung

Die Abwicklung der Förderung erfolgt über die Abteilung Gemeinden. Nach Vorliegen der erforderlichen Bewilligungen ist das Förderansuchen von der Gemeinde über das Portal Tirol an die Abteilung Gemeinden zu stellen. Bei Gemeindeverbänden und Schulsprengeln ist das Ansuchen vom Gemeindeverband bzw. von der Sitzgemeinde der Sprengelschule zu stellen.

Anträge für Förderungen nach Punkt 2 lit. a sind grundsätzlich vor Baubeginn einzureichen.

Anträge für Förderungen nach Punkt 2 lit. b sind nach Vorliegen der Schlussrechnung zu stellen. Bei kumulierten Förderungen ist das Ansuchen in der Regel auch bereits vor Baubeginn für das gesamte Vorhaben zu stellen.

Die Beschlussfassung über die Gewährung der Förderung und die Bereitstellung der erforderlichen Mittel erfolgt durch die Tiroler Landesregierung.

Nach Abschluss des Bauvorhabens ist die bestimmungsgemäße Verwendung der Fördermittel durch Vorlage einer Aufstellung der Investitionskosten (Trennung zwischen Neu- und Erweiterungsbauten sowie Umbauten), der erfolgten Finanzierung und des Raumprogrammes mittels Planunterlagen nachzuweisen. Nach Genehmigung des Zuschusses wird die Förderung zur Auszahlung angewiesen. Bei einer voraussichtlichen Höhe der Förderung von mehr als EUR 40.000,-- kann bei Baubeginn ein Vorschuss von max. 80 v.H. der zu erwartenden

Förderung gewährt werden.

Auf die Gewährung der Förderung besteht kein Rechtsanspruch. Allfällige falsche Angaben ziehen die Aberkennung bzw. Rückforderung der Förderung nach sich.

Der Förderungsnehmer ist verpflichtet, den Organen des Landes Tirol, insbesondere den Organen der Gemeindeaufsicht, auf Verlangen jederzeit Auskünfte hinsichtlich des geförderten Vorhabens zu erteilen. Zu diesem Zweck hat der Förderungsnehmer insbesondere die Einsicht in die Bücher und Belege sowie sonstige in diesem Zusammenhang stehende Unterlagen zu gewähren. Der Förderungsnehmer hat dabei weiters den vorgenannten Organen nach Voranmeldung das Betreten von Grundstücken und Gebäuden während der üblichen Geschäfts- und Betriebszeiten sowie die Durchführung von Überprüfungen, die mit dem Vorhaben im Zusammenhang stehen, zu gestatten.

Dies gilt insbesondere auch, wenn das Vorhaben im Wege eines ausgegliederten Unternehmens oder eines Gebäudeleasings abgewickelt wird.

5. Herkunft der Fördermittel

Die Förderung erfolgt aus Mitteln des Gemeindeausgleichsfonds und aus Landesmitteln (VP 1/210105-7355-000 „Zuwendungen für Investitionszwecke an Gemeinden“).

Anlage 2

Vorgangsweise bei der Vergabe von GAF-Mitteln bei der Entwicklung gemeindeübergreifender Gewerbegebiete „Regionale Kooperation“

A) Voraussetzungen

1. Mindestens zwei Gemeinden sind an der Zusammenarbeit beteiligt.
2. Es liegt eine rechtsverbindliche Vereinbarung zwischen den beteiligten Gemeinden über die gemeinsame Realisierung des Gewerbegebietes in der Rechtsform einer privatrechtlichen Vereinbarung, einer gemeinsamen Gesellschaft (etwa GmbH) oder eines Gemeindeverbandes vor.
3. Wesentliche Inhalte der Zusammenarbeitsvereinbarung müssen sein:

- Festlegung der zu entwickelnden Fläche und der Bedingungen für den Erwerb der Fläche, insbesondere ein Limit für die Grundkosten, wobei sich dieses Limit an jenem Preis orientieren sollte, zu welchem in der Folge die Grundstücke an Unternehmen angeboten werden;

- Vereinbarung über eine Aufteilung der Kosten des Erwerbes der Flächen durch die Gemeinden, falls nicht der Tiroler Bodenfonds die Flächen auf seine Kosten erwirbt und sodann kostendeckend weiterveräußert;

- Aufteilungsschlüssel, zu dem sich die Gemeinden an den Kosten des Grunderwerbes beteiligen;

- Aufteilung der Kommunalsteuer auf die beteiligten Gemeinden;

- Verpflichtung aller Gemeinden, für einen Zeitraum von fünf Jahren keine weiteren eigenen Betriebsstandorte zu widmen (ausgenommen Arrondierungswidmungen oder Widmungen bis zu einer maximalen Größe von 3 000 m²);

- Verpflichtung der Gemeinden, zur gemeinsamen Verwertung des Gebietes beizutragen (Interessenten aus der jeweiligen Gemeinde selbst und auch andere Unternehmen nur mehr für das gemeinsame Gewerbegebiet zu akquirieren);

- Festlegungen darüber, wie die Entscheidung zum Verkauf an Unternehmen fällt, welche Art von Betrieben angesiedelt werden und welche ausgeschlossen sind, Kriterien über die erforderliche Arbeitsplatzdichte (Anzahl der kommunalsteuerpflichtigen Dienstnehmer in Relation zum Flächenverbrauch des Unternehmens).

4. Eine bestimmte Mindestzusammenarbeitsdauer (mind. 5 Jahre), ansonsten hat eine aliquote Rückzahlung der Förderung zu erfolgen.

B) Die Förderung erfolgt durch Gewährung eines Zuschusses aus dem GAF.

1. Höhe des Zuschusses: bis zu 15 v.H. der Erschließungskosten (Wasser, Kanal, Verkehr);

2. Höhe des Zuschusses: bis zu 20 v.H. der Erschließungskosten (Wasser, Kanal, Verkehr), wenn zumindest 50 v.H. der Erschließungskosten auf beteiligte Gemeinden entfallen, die eine Finanzkraft II pro Kopf unter dem Landesdurchschnitt aufweisen.

3. Im Falle besonderer überregionaler Bedeutung der regionalen Kooperation, insbesondere aufgrund der Anzahl der beteiligten Gemeinden, kann eine höhere Förderung gewährt werden.

Anlage 3**Förderung von Maßnahmen zur Barrierefreiheit von Gemeindegebäuden****A) Allgemeines**

Für die Förderung von Maßnahmen zur Barrierefreiheit von Gemeindegebäuden werden jährlich höchstens zwei Millionen Euro aus Mitteln des Gemeindeausgleichsfonds zur Verfügung gestellt. Unter Gemeindegebäuden sind dabei solche zu verstehen, die öffentlichen Zwecken dienen (wie Schulen, Kindergärten, Gemeindeämter,...), nicht aber etwa Wohnungen / Wohngebäude (für diese gibt es entsprechende Förderungen aus Mitteln der Wohnhaussanierung).

B) Fördergegenstand

Fördergegenstand sind Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit, wie zum Beispiel die Errichtung einer Rampe, der Einbau eines Liftes, die Verbreiterung von Türen, die behindertengerechte Adaptierung von WC-Anlagen, usw. in Gemeindegebäuden (das sind gemeindeeigene Gebäude bzw. in Gemeindeimmobiliengesellschaften ausgelagerte Gemeindegebäude).

C) Bemessungsgrundlage

Bemessungsgrundlage sind die für die Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit angefallenen und mittels Rechnung nachgewiesenen Kosten.

D) Förderhöhe

Die Höhe der Förderung beträgt 20 % der Bemessungsgrundlage (auf 100,- Euro gerundet); finanzschwachen Gemeinden kann eine höhere Förderung gewährt werden (Einzelfallentscheidung durch den Gemeindeferenten).

E) Förderungswerber

Förderungswerber können Gemeinden und Gemeindeverbände sein. Es sind Förderansuchen für höchstens zwei Vorhaben je Förderwerber pro Jahr möglich.

F) Abwicklung

Die Antragstellung erfolgt im Portal Tirol; nach Prüfung durch die Bezirkshauptmannschaft ergeht die schriftliche Verwendungszusage des Gemeindeferenten.

Anlage 4**Richtlinie für die Gewährung von Bedarfszuweisungen aus dem Krankenhauskontingent im Rahmen des Gemeindeausgleichsfonds**

Für die Investition müssen im Finanzierungsplan Eigenmittel (Beiträge über die Krankenumlage, Entnahme von Zahlungsmittelreserven) vorgesehen und auch eingebracht werden. Ohne Eigenmittel können keine Bedarfszuweisungen gewährt werden.

Werden Eigenmittel eingebracht, wird die Höhe der Bedarfszuweisung nach Maßgabe der vorhandenen Mittel nach folgenden Kriterien ermittelt:

- Anteil der Eigenmittel (mindestens 25 v.H. der Investitionsauszahlung des Vorhabens)
- Höhe der Finanzkraft II des Bezirkes (je höher desto weniger Bedarfszuweisungen)

Anlage 5**Vorschusszahlungen bei Katastrophenschäden im Gemeindevermögen**

Auf Antrag der jeweiligen Gemeinde und Befürwortung der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft kann bei Katastrophenschäden im Gemeindevermögen aus dem Gemeindeausgleichsfonds ein Vorschuss auf die zu erwartenden Bundesmittel ausbezahlt werden. Grundsätzlich muss der betreffende Schaden bereits im Portal Tirol durch die Gemeinde erfasst worden sein und ein Gutachten über die geschätzte Schadenssumme vorliegen. Die Höhe des Schadens für die Gewährung eines Vorschusses muss mindestens EUR 100.000,- betragen. Bei mehreren Schäden einer Gemeinde kann ein Vorschuss dann gewährt werden, wenn die Gesamtschadenssumme EUR 100.000,- übersteigt.

Die Höhe des Vorschusses wird wie folgt festgelegt:

Für Gemeinden deren Finanzkraftkopfquote bis 5 v.H. unter dem Landesdurchschnitt (ohne Innsbruck) liegt, werden maximal 40 v.H. der Schadenssumme als Vorschuss ausgezahlt. Ist die Finanzkraft II der jeweiligen Gemeinde höher, so werden maximal 25 v.H. der Schadenssumme als Vorfinanzierung des Bundeszuschusses aus dem Gemeindeausgleichsfonds ausbezahlt.

Die ausbezahlten Vorschüsse werden bei der Abrechnung der Bundesmittel gegenverrechnet.

Anlage 6

Förderung der Bildung von Partnerschaften von Gemeinden des Landes Tirol mit Städten oder Gemeinden der Europaregion Tirol/Südtirol/Trentino

1. Allgemeines

Eine Gemeindepартnerschaft - auch Städtepartnerschaft - ist eine Partnerschaft zwischen zwei oder mehreren Städten oder Gemeinden mit dem Ziel, sich kulturell, wirtschaftlich und sozial auszutauschen.

Gefördert werden Gemeinden des Landes Tirol, die eine kommunale Partnerschaft mit Städten bzw. Gemeinden der Europaregion Tirol/Südtirol/Trentino zur Stärkung der kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit bilden.

Zielsetzung dabei ist die Stärkung des Bewusstseins der Gemeinsamkeiten des Euregio-Raumes, die Förderung der Begegnung sowie die Schaffung von Anreizen für den kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Austausch.

2. Art und Höhe der Förderung

Die Förderung erfolgt in Form der Gewährung eines verlorenen Zuschusses. Die kommunale Partnerschaft wird einmalig mit einem Betrag von 50 v. H. der in unmittelbaren Zusammenhang mit der Bildung der Partnerschaft entstehenden Kosten gefördert. Die förderbaren Kosten sind dabei mit EUR 5.000,- pro Gemeindepартnerschaft begrenzt.

Gefördert werden:

- a. Maßnahmen zum interkommunalen Austausch
- b. Kooperationstafeln an den Ortseinfahrten
- c. Initiativen zur öffentlichen Bekanntmachung der Partnerschaft

3. Abwicklung

Die Abwicklung der Förderung erfolgt über die Abteilung Gemeinden. Das Förderansuchen von der Gemeinde ist über das Portal Tirol an die Abteilung Gemeinden zu stellen. Die Prüfung der Anträge erfolgt seitens des für Gemeindeangelegenheiten zuständigen Mitgliedes der Tiroler Landesregierung unter Einbindung der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft und der Abt. Gemeinden im Hinblick auf die unter Punkt 2 angeführten Kriterien.

Anträge für Förderungen nach Punkt 2 sind nach Vorliegen von Rechnungen zu stellen. Zur Auszahlung sind von der Gemeinde in der Gemeindepартnerschaft im Portal Tirol

(GA) mittels „Auszahlungsantrag“ zu beantragen und in der Rubrik „Mitteilungen“ mit entsprechenden Rechnungen zu dokumentieren.

Der Auszahlungsantrag ist seitens der Gemeinden an die jeweils zuständige Bezirkshauptmannschaft (BH) weiterzuleiten. Die BH prüft den Antrag in Hinblick auf die widmungsgemäße Verwendung.

Die Abteilung Gemeinden erstellt im Einvernehmen mit dem Gemeindepартner den Regierungsantrag über die Gewährung der Förderung. Die Landesregierung entscheidet darüber in kollegialer Beschlussfassung. Die Abteilung Gemeinden zahlt die mit Regierungsbeschluss gewährten Förderungen direkt an die Gemeinden aus.

Der Förderungsnehmer ist verpflichtet, den Organen des Landes Tirol, insbesondere den Organen der Gemeindeaufsicht, auf Verlangen jederzeit Auskünfte zu erteilen. Zu diesem Zweck hat der Förderungsnehmer insbesondere die Einsicht in die Bücher und Belege sowie sonstige in diesem Zusammenhang stehende Unterlagen zu gewähren.

Auf die Gewährung der Förderung besteht kein Rechtsanspruch. Allfällige falsche Angaben ziehen die Aberkennung bzw. Rückforderung der Förderung nach sich.

4. Herkunft der Fördermittel

Die Förderung erfolgt aus Mitteln des Gemeindeausgleichsfonds.

Anlage 7

Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger

A) Allgemeines

In Umsetzung der Tiroler Nachhaltigkeits- und Klimastrategie „Leben mit Zukunft“ (Raus aus Öl und Gas bei öffentlichen Gebäuden) wird eine Förderung für die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger (z.B. Geothermie, Biomasseheizungen wie Pellets-, Hackgut- und Holzvergaserkessel sowie Wärmepumpen) in Gebäuden, deren Erhalter eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband ist, gewährt.

B) Fördergegenstand

1. Gefördert werden Wohnobjekte (Wohnungen/ Wohnheime), die bereits eine Förderzusage des Landes, Abt. Wohnbauförderung, nach der Wohnhaussanierungsrichtlinie erhalten haben.

2. Weiters werden Objekte gefördert, deren Haustechniksysteme den Anforderungen gemäß Produktdatenbank GET im Sinne der Wohnhaussanierungsrichtlinie vom 02.11.2021 entsprechen. Eine Liste der förderbaren Haustechniksysteme ist auf der Homepage der Abteilung Wohnbauförderung (www.tirol.gv.at/wohnbau) abrufbar. Die Einhaltung der Anforderungen und die fachgerechte Ausführung ist vom ausführenden Unternehmen mittels Abnahmeformular (Formblatt F97) zu bestätigen.

C) Bemessungsgrundlage

Die Bemessungsgrundlage sind die für die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger mittels Rechnung

nachgewiesenen Kosten.

D) Förderhöhe

Die Höhe der Förderung für Wohnobjekte gemäß B) Abs. 1 beträgt einmalig 25 % der Bemessungsgrundlage (auf 100,-- Euro gerundet), höchstens jedoch 40.000,-- Euro.

Die Höhe der Förderung für Objekte gemäß B) Abs. 2 beträgt einmalig 35 % der Bemessungsgrundlage (auf 100,-- Euro gerundet), höchstens jedoch 50.000,-- Euro.

E) Förderungswerber

Förderungswerber können Gemeinden und Gemeindeverbände sein.

F) Abwicklung

Auf das Verfahren und die Auszahlung der Förderung ist die Richtlinie für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (§ 12 Abs. 5 Finanzausgleichsgesetz 2017) anzuwenden.

32.

Buchhinweis "Tiroler Bau- und Raumordnungsrecht - Gesetzestexte und Judikatur verständlich erklärt"

Der Kufsteiner Bürgermeister Mag. Martin Krumschnabel (Rechtsanwalt), die Mitarbeiterin der Rechtsabteilung der Stadt Kufstein Dr. Edda Obernosterer (vormals Rechtsanwältin in Lienz), sowie der selbstständige Immobilientreuhänder und planende Baumeister in Kufstein, Mag. (FH) Dipl.-Ing. (FH) Paul Vadasz, haben soeben gemeinsam ein Buch zum Thema „Tiroler Bau- und Raumordnungsrecht“ veröffentlicht.

„Ziel war es, die Kommunikation zwischen Bauwerber, Planer/ Architekten, Baubehörde, Sachverständigen und den Gemeinderatsmitgliedern zu versachlichen und zu verbessern“, so die Autoren.

Auf über 400 Seiten beschreiben die 3 Praktiker die wesentlichen Bestimmungen dieser Rechtsmaterien (Stand Jänner 2022).

Es werden die raumordnungsrechtlichen Bestimmungen aus Sicht der Gemeinde aber auch die diffizilen Bestimmungen der Tiroler Bauordnung erklärt, um ehestmöglich zu einem positiven Baubescheid zu gelangen. Behandelt werden die Grundlagen der

Raumordnung in Tirol, alle Widmungskategorien, die Erlassung von Örtlichen Raumordnungskonzepten, Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, Fristen, sowie das gesamte Bauverfahren von der Einreichung bis zum Baubescheid. Auch die Rechte der Gemeindebewohner und Nachbarn werden ebenso detailliert dargestellt, wie die Grundlagen der raumordnungsrechtlichen Verträge oder aber die rechtlich gesicherte Verbindung (Zufahrt).

Aufgrund der zahlreich eingearbeiteten Judikatur des Landesverwaltungsgerichtes Tirol und der Höchstgerichte sowie der Übersichtspläne und technischen Grafiken ist das Werk auch für jeden sonstigen Praktiker aus Baufirmen, Architekturbüros, Immobilienfirmen, für rechtsberatende Berufe oder eben für alle, die diesbezüglich in Tirol tätig sind, geeignet.

Das Werk, welches insbesondere auch für Gemeinde- und Bauämter, Bürgermeister und Gemeindevandatare geeignet ist, kann unter www.baufibel.at zum Preis von € 64,-- bestellt werden.

33.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juni 2022

Ertragsanteile an	2021	2022	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	-1.700.280	-919.724	780.556	45,91
Lohnsteuer	45.276.685	25.938.047	-19.338.637	-42,71
Kapitalertragsteuer	1.587.198	2.277.150	689.952	43,47
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.192.393	1.055.717	-136.676	-11,46
Körperschaftsteuer	2.020.143	3.884.847	1.864.704	92,31
Abgeltungssteuern Schweiz	-13	0	13	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	114	59	-55	-47,97
Stiftungseingangssteuer	25.338	25.918	580	2,29
Bodenwertabgabe	-2.293	57.999	60.292	2629,39
Stabilitätsabgabe	153.545	101.774	-51.771	-33,72
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	48.552.830	32.421.787	-16.131.043	-33,22
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	15.232.720	17.467.205	2.234.484	14,67
Tabaksteuer	1.984.499	2.216.053	231.554	11,67
Biersteuer	165.999	155.698	-10.302	-6,21
Mineralölsteuer	3.135.818	3.910.821	775.003	24,71
Alkoholsteuer	66.955	115.568	48.614	72,61
Schaumweinsteuer	885	1.571	686	77,56
Kapitalverkehrssteuern	1.444	149	-1.295	-89,65
Werbeabgabe	60.498	61.628	1.129	1,87
Energieabgabe	507.737	714.614	206.877	40,74
Normverbrauchsabgabe	292.453	298.882	6.429	2,20
Flugabgabe	26.605	68.352	41.747	156,91
Grunderwerbsteuer	15.392.904	13.776.075	-1.616.830	-10,50
Versicherungssteuer	1.003.796	1.037.845	34.049	3,39
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.044.433	2.054.374	9.940	0,49
KFZ-Steuer	13.142	11.660	-1.482	-11,28
Konzessionsabgabe	233.265	202.000	-31.265	-13,40
Summe sonstige Steuern	40.163.155	42.092.494	1.929.339	4,80
Kunstförderungsbeitrag	46.454	45.239	-1.215	-2,61
Gesamtsumme	88.762.438	74.559.520	-14.202.918	-16,00

34.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juni 2022

Ertragsanteile an	2021	2022	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	16.605.854	22.294.899	5.689.044	34,26
Lohnsteuer	187.310.420	162.597.150	-24.713.270	-13,19
Kapitalertragsteuer	10.202.228	15.385.857	5.183.628	50,81
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	5.236.655	7.713.912	2.477.257	47,31
Körperschaftsteuer	33.037.535	56.784.931	23.747.395	71,88
Abgeltungssteuern Schweiz	-13	0	13	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-304	0	304	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.240	1.728	488	39,33
Stiftungseingangssteuer	50.699	297.430	246.731	486,66
Bodenwertabgabe	252.095	437.711	185.617	73,63
Stabilitätsabgabe	505.420	408.290	-97.130	-19,22
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	253.201.829	265.921.908	12.720.079	5,02
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	108.674.405	134.701.112	26.026.706	23,95
Tabaksteuer	9.550.607	10.294.513	743.906	7,79
Biersteuer	901.856	893.025	-8.830	-0,98
Mineralölsteuer	18.734.521	21.495.914	2.761.392	14,74
Alkoholsteuer	638.144	872.580	234.436	36,74
Schaumweinsteuer	-10.429	9.869	20.298	194,63
Kapitalverkehrssteuern	-16.320	4.052	20.371	124,83
Werbeabgabe	493.843	541.802	47.959	9,71
Energieabgabe	5.254.327	5.287.898	33.571	0,64
Normverbrauchsabgabe	1.851.367	1.643.228	-208.139	-11,24
Flugabgabe	61.854	407.326	345.472	558,53
Grunderwerbsteuer	80.189.428	88.726.354	8.536.926	10,65
Versicherungssteuer	6.708.879	7.106.126	397.247	5,92
Motorbezogene Versicherungssteuer	11.684.976	12.416.700	731.724	6,26
KFZ-Steuer	281.632	299.592	17.961	6,38
Konzessionsabgabe	1.659.429	1.564.088	-95.341	-5,75
Summe sonstige Steuern	246.658.519	286.264.178	39.605.659	16,06
Kunstförderungsbeitrag	91.065	89.801	-1.264	-1,39
Gesamtsumme	499.951.413	552.275.886	52.324.474	10,47
Zwischenabrechnung	13.048.864	29.486.125	16.437.261	125,97
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	513.000.277	581.762.011	68.761.735	13,40

VERBRAUCHERPREISINDEX		
für April 2022		
(vorläufiges Ergebnis)		
	März 2022	April 2022
	(endgültig)	(vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2020		
Basis: Durchschnitt 2020 = 100	108,8	109,1
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	117,7	118,0
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	130,3	130,7
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	142,7	143,1
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	157,8	158,2
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	166,0	166,5
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	217,1	217,7
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	337,4	338,3
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	592,2	593,8
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	754,5	756,6
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	757,0	759,1
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2020 (Basis: Jahresdurchschnitt 2020 = 100) für den Kalendermonat April 2022 beträgt 109,1 (vorläufige Zahl) und ist gegenüber dem Vormonat um 0,3 Punkte (+ 7,2 % gegenüber dem Vorjahr) gestiegen. Siehe auch Link Statistik Austria</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck